

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, Kl. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 25./Februar 1958

Blatt 316

Geehrte Redaktion!

=====

Wie Sie wissen, bemüht sich die Wiener Stadthallen-Betriebsgesellschaft mit Erfolg, die bereits fertiggestellten Objekte vor allem auch für kulturelle Veranstaltungen verschiedener Art zu verwenden. Nunmehr ist eine "Kulturgemeinde-Stadthalle" ins Leben gerufen worden. Aus diesem Anlaß findet Donnerstag, den 27. Februar, um 11 Uhr, in der Stadthalle eine Pressekonferenz statt. Die Initiatoren dieser neuen Kulturgemeinde werden dort ihre Pläne und Absichten mitteilen.

Der Eingang für die Vertreter der Presse ist, wie bei allen Veranstaltungen in der Wiener Stadthalle, durch das bereits fertiggestellte Foyer auf dem Vogelweidplatz 14.

Sie sind herzlich eingeladen, einen Vertreter Ihrer Redaktion zu entsenden.

- - -

Amtseinführung von Generaldirektor Dr. Ing. Horak
=====Abschiedsfeier für Generaldirektor Frankowski

25. Februar (RK) In einer kleinen Feierstunde im Wiener Ringturm nahmen heute die Spitzen der Stadtverwaltung von Generaldirektor Frankowski Abschied. Gleichzeitig wurde der neue Generaldirektor der Wiener Stadtwerke, Dr. Ing. Wilhelm Horak, in sein Amt eingeführt. Unter den Ehrengästen sah man Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Honay, die Stadträte Dkfm. Nathschläger und Riemer, Magistratsdirektor Dr. Kinzl, leitende Beamte der Wiener Stadtverwaltung und die Direktoren der Städtischen Unternehmungen sowie den Präsidenten der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Nationalrat Pölzer.

Generaldirektor Dr. Ing. Horak würdigte zunächst Verdienste und Lebenswerk seines Vorgängers. Personalstadtrat Riemer sagte über Generaldirektor i.R. Frankowski, er habe es als der erste Beamte der Stadtwerke an der Spitze einer der größten Institutionen verstanden, Verwaltungsvereinfachungen durchzuführen und den Betrieb zu reformieren. Dabei galt es für Frankowski, manche Widerstände zu überwinden. Rückschauend könne man sagen, daß ihm ein großes Werk gelungen ist. Stadtrat Riemer begrüßte dann den neuen Generaldirektor. Der Wiener Stadtsenat habe mit Dr. Ing. Horak sicher den würdigsten Mann als Nachfolger Frankowskis gefunden.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger, der Ressortchef der Städtischen Unternehmungen, sprach von den persönlichen Erinnerungen, die ihn mit dem in den Ruhestand getretenen Generaldirektor verbinden. Er habe viel zum Ausbau der Stadtwerke beigetragen. Die Zusammenarbeit zwischen ihm und Frankowski bezeichnete Stadtrat Dkfm. Nathschläger als gut und fruchtbar, auch wenn in der letzten Zeit Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht sind. Er jedenfalls sage Frankowski herzlichen Dank für seine Tätigkeit und wünsche ihm das Beste für die Zukunft.

Den neuen Generaldirektor erwarten große Aufgaben. Bei den E-Werken gelte es, die Erzeugungsanlagen zu erweitern und das Netz zu verstärken, bei den Gaswerken werden neue Spaltanlagen und ein neuer Gasometer geschaffen werden und bei den Verkehrsbetrieben

wahrscheinlich eine Reihe von revolutionären Veränderungen vor sich gehen müssen. Man wird Straßenbahnlinien auf Autobusbetrieb umzustellen, die Stadtbahn zu einer wirklichen Schnellbahn umzugestalten und ihr Netz auszubauen haben, es werden schließlich die Fragen der U-Bahn oder der Alweg-Bahn zu lösen sein. Für die Lösung aller dieser Aufgaben wünschte Stadtrat Dkfm. Mathschläger dem neuen Generaldirektor viel Glück und den besten Erfolg.

Im Namen der Gewerkschaft sprach dann Nationalrat Pölzer.

Bürgermeister Jonas überreichte Generaldirektor Dr. Ing. Horak das Ernennungsdekret. Vorher fand er gleichfalls anerkennende Worte für die Tätigkeit des bisherigen Generaldirektors Frankowski. Die Jahre, die er bei den Stadtwerken gearbeitet hat, gehörten zu den entscheidendsten für den Wiederaufbau unserer Stadt. Er wisse, daß die letzten Jahre seiner Tätigkeit für Frankowski sehr schwierig waren und manche Kränkung brachten. Frankowski dürfe jedoch mit gutem Gewissen Abschied nehmen, obwohl sich die Stadtwerke in Schwierigkeiten befinden. Der Bürgermeister betonte nachdrücklich, Frankowski könne aus dem aktiven Dienst mit dem Bewußtsein scheiden, daß er seine Lebensarbeit im Dienste der Allgemeinheit verbracht habe. Für diese Arbeit gebühre ihm der Dank der Stadtverwaltung. Frankowski habe als richtiger Mann auf dem richtigen Platz gestanden.

Generaldirektor Dr. Ing. Horak übernimmt ein Amt, das zu den schwierigsten innerhalb der Gemeindeverwaltung zählt. Die Versorgungsbetriebe der Stadt gehören zu den wichtigsten für das Wirtschaftsleben. Paradoxerweise werden sie jedoch nicht richtig eingeschätzt und behandelt. Wir haben allen Anlaß dazu, dafür zu sorgen, daß hier ein Wandel eintritt. Bei allem Verständnis für die sozialen Bedürfnisse dürfen wir nicht vergessen, daß wir die Stadtwerke nicht in den Konkurs treiben lassen können. Es kommt letzten Endes darauf an, den Stadtwerken das zu geben, was sie brauchen, um Bevölkerung und Wirtschaft zu versorgen und darüber hinaus die Leistung der Werke steigern zu können. Wenn man von den Stadtwerken in den letzten Jahren immer mehr verlangt, dann muß man ihnen auch die Möglichkeit geben, mehr zu leisten.

Abschließend gab Bürgermeister Jonas seiner Hoffnung Ausdruck, daß es dem neuen Generaldirektor gelingen werde, die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden und dafür zu sorgen, daß die Stadtwerke ihre Aufgaben in der Zukunft restlos erfüllen können.

Überreichung des Ehrenringes an Stadtrat a.D. Rohrhofer
=====

25. Februar (RK) Im Roten Salon des Wiener Rathauses überreichte heute vormittag Bürgermeister Jonas an den ehemaligen Wiener Stadtrat Kommerzialrat Anton Rohrhofer den Ehrenring der Stadt Wien. Die Ehrung wurde vom Wiener Gemeinderat am 31. Jänner einstimmig anlässlich der Vollendung des 75. Lebensjahres von Stadtrat Rohrhofer in Würdigung seiner Verdienste beschlossen.

An der Feier, die vom Streichquartett des Konservatoriums der Stadt Wien mit Musik von Mozart umrahmt wurde, nahmen Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Honay, Vizebürgermeister Weinberger, die Stadträte Fritsch, Glaserer, Koci, Mandl, Dkfm. Nathschläger, Riemer und Thaller, Magistratsdirektor Dr. Kinzl und Stadtschulratspräsident Dr. Zechner teil.

In seiner Würdigungsansprache wies Stadtrat Mandl darauf hin, daß die Zuerkennung der hohen Auszeichnung des Ehrenringes seit 1945 erst 29 Persönlichkeiten zuteil geworden ist. Der Senior des österreichischen Transportgewerbes, Kommerzialrat Rohrhofer, wurde heute dazu aussersehen, als neuester Träger des Ehrenringes in die Gemeinschaft aufgenommen zu werden, die sich aus bedeutenden Persönlichkeiten aller Gesellschaftsschichten zusammensetzt. Stadtrat Mandl schilderte dann den Lebenslauf des Geehrten und gratulierte ihm abschließend zu der hohen Auszeichnung, die Rohrhofer für sein unermüdliches, erfolgreiches Wirken im Interesse des Gewerbestandes zum Wohle unserer Heimatstadt zuteil wird.

Bürgermeister Jonas führte aus, die Überreichung des Ehrenringes führe Rohrhofer in die Räume zurück, mit denen er während seiner Tätigkeit als Mitglied des Stadtsenates jahrelang vertraut war. Nun fügt es sich, daß die Stadt Wien Rohrhofer als einen ihrer treuesten Söhne wieder hierher ins Rathaus zu einer hervorragenden Ehrung eingeladen hat. Dem Bürgermeister obliegt es, auszusprechen, daß die Stadtverwaltung Kommerzialrat Rohrhofer diese Ehrung, die sehr selten verliehen wird, gerne zuteil werden lasse, weil er heute auf ein arbeitsreiches aber auch erfolgreiches Leben zurückblicken könne. Rohrhofer hat seine Liebe zu seiner Heimatstadt auf vielen Gebieten gezeigt und damit bewiesen, daß er stets

das Herz auf dem rechten Fleck hat. Ich glaube nicht, so betonte der Bürgermeister, daß man jemanden ein besseres Zeugnis ausstellen kann, als wenn man von ihm sagt, daß er auf allen Posten, auf die ihn das Leben stellte, das Beste geleistet hat. Er freue sich, den Ehrenring heute überreichen zu können.

- - -

Wiener Landesregierung genehmigte neue Förderungsbeiträge
=====

für Volksbildung, Literaturförderung, bildende Künstler und
=====

Kleinbühnen
=====

25. Februar (RK) Auf Antrag von Stadtrat Mandl hat heute die Wiener Landesregierung Förderungsbeiträge für kulturelle und künstlerische Institutionen in der Gesamthöhe von 1,520.000 Schilling beschlossen.

Davon erhält der Verband Wiener Volksbildung zur Förderung seiner Tätigkeit und zur Durchführung seiner gemeinnützigen Aufgaben 1,15 Millionen Schilling. In diesem Betrag sind auch 100.000 Schilling enthalten, die je zur Hälfte für die Erhaltung der Gebäude der Volkshochschulen Margareten und Ottakring bestimmt sind. 50.000 Schilling sind der Durchführung der neuen Aktion "Forum der Wiener Volksbildung" gewidmet. Dem Verband gehören derzeit 12 Volkshochschulen mit mehr als 60 größeren Außenstellen an. Die sogenannten Lebensschulen, der Aufbau einer pädagogischen Studienstelle und des wissenschaftlichen Beirates, die Einrichtung einer Filmstelle, der Ausbau der Aktion "Volksbildung auf Rädern" sowie die Ausgestaltung des Klub- und Diskussionswesens zeigen eine konstante Aufwärtsentwicklung sowohl in der Qualität der Veranstaltungen als auch in der Zahl der Besucher. Auch im internationalen Rahmen und als Mitglied des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen hat sich der Dachverband der Wiener Volkshochschulen einen guten Namen erworben. Neben den Zuwendungen der Stadt Wien wird der Verband durch das Bundesministerium für Unterricht, durch die Arbeiterkammer und den Gewerkschaftsbund gefördert.

Für Zwecke der Literaturförderung durch Ankauf von Büchern

wurden 150.000 Schilling genehmigt. Diese Art von Literaturförderung durch die Stadt Wien wird bereits seit einigen Jahren mit Erfolg durchgeführt. Ohne das Verleger-Risiko zu beseitigen, hilft sie mit, die Buchproduktion zu sichern und durch die richtige Verwertung der gekauften Bücher für jedes einzelne Werk zu werben. In den Jahren 1952 bis 1957 wurden für diesen Zweck 950.000 Schilling zur Verfügung gestellt. Angekauft wurden Werke österreichischer, und zwar hauptsächlich Wiener Autoren, die durch die öffentlichen Büchereien, wie die städtischen Büchereien, die Zentralbibliothek, die Anstaltsbüchereien und die Volkshausbüchereien, einer großen Zahl von Lesern zugänglich gemacht werden. Mit dieser Aktion wird erreicht, auf weniger bekannte oder noch unbekanntere Autoren aufmerksam zu machen. Diese werden damit auch in ideeller Hinsicht sehr beachtlich gefördert. Vor allem kommt dieser Vorgang dem kommerziell schwächsten Zweig der Literatur, dem lyrischen Schaffen, zustatten. Ohne Sicherung der Abnahme einer größeren Zahl dieser Werke würden die Verleger oftmals das Risiko der Drucklegung gar nicht eingehen. Bisher wurden insgesamt 23.943 Bände angekauft.

Eine wirksame Förderung der bildenden Künstler erreicht die Gemeinde Wien vor allem durch den Ankauf von Bildern und Plastiken. Zwischen 1952 und 1957 wurden auf Grund von Fachgutachten 1.512 solcher Kunstwerke angekauft, die hauptsächlich als Leihgaben für die "Kleinen Schulgalerien" verwendet werden. Allein dafür sind bisher 850.000 Schilling ausgegeben worden. Gegenwärtig bestehen 30 Schulgalerien und zwei ähnliche Einrichtungen in Wiener Krankenhäusern. 13 neue Schulgalerien sind in Vorbereitung. Die Wiener Landesregierung hat heute für diesen Zweck weitere 150.000 Schilling genehmigt.

Förderungsbeiträge in der Höhe von 40.000 Schilling, bzw. 30.000 Schilling, wurden heute auch für die beiden Wiener Kleinhäuser, das Theater der Courage und das Theater am Parkring, bewilligt. Beide Bühnen können vor allem in der laufenden Saison auf ausgezeichnete Leistungen hinweisen.

Rochusspital-Gebäude wird Altersheim
=====

25. Februar (RK) Auf Antrag des Amtsführenden Stadtrates für das Gesundheitswesen Vizebürgermeister Weinberger beschloß heute die Wiener Landesregierung, das Gebäude des ehemaligen St. Rochus-Spitals im 14. Bezirk zu adaptieren und als Krankenabteilung des Altersheimes Baumgarten auszugestalten. Der Bauzustand des etwa 100 Jahre alten Gebäudes läßt gegenwärtig sehr zu wünschen übrig. Eine Modernisierung zu einem brauchbaren Krankenhaus ist praktisch nicht möglich. Bei der Adaptierung wird darauf Rücksicht genommen werden, daß kleinere Räume entstehen, die kranken Altersheimpfleglingen ein angenehmeres Zuhause schaffen sollen.

- - -

Wallmodengasse Einbahn - Fahrverbot durch Haubenbiglstraße
=====

25. Februar (RK) Auf Antrag von Stadtrat Afritsch erklärte heute die Wiener Landesregierung die Wallmodengasse in dem Teil zwischen Hohe Warte und Haubenbiglstraße zur Einbahn. Dies ist notwendig geworden, weil die Einfahrt bei der Hohen Warte eine Enge aufweist. Durch die Einbahnerklärung wird der Verkehr nicht nur flüssiger gestaltet, sondern auch Parkraum gewonnen werden. Für die Haubenbiglstraße wird zwischen Wallmodengasse und Hohe Warte ein allgemeines Fahrverbot erlassen, weil sie keine Gehsteige hat und an der engsten Stelle nur zwei Meter breit ist. Ausgenommen von diesem Verbot werden die Fahrzeuge der Straßenreinigung sein.

- - -

Personalnachricht.
=====

25. Februar (RK) Der Wiener Stadtsenat hat heute dem Primararzt im Mautner Markhof'schen Kinderspital, Prof. Dr. Josef Siegl, in die Dienstklasse VII ernannt.

- - -

Nachtautobuslinie A abgelenkt

=====

25. Februar (RK) In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag dieser Woche werden bis auf weiteres wegen Straßenbauarbeiten in der Favoritenstraße von Möllwaldplatz bis Südtiroler Platz die Autobusse der Nachtlinie A in der Richtung zum Südbahnhof ab Favoritenstraße über GuShausstraße - Argentinierstraße - St. Elisabeth-Platz zur oberen Argentinierstraße und in der Fahrtrichtung zum Praterstern ab Jeyringergasse über Argentinierstraße - St. Elisabeth-Platz - Argentinierstraße - GuShausstraße zur Favoritenstraße abgelenkt. Die auf der erweiterten Ablenkungsstrecke liegenden Haltestellen der Autobuslinie 7 in der Argentinierstraße galten gleichfalls für die Autobus-Nachtlinie A.

- - -

Gründen wir europäische Parteien!
=====Eine Schweizer Stimme über Wege zur politischen Einigung Europas

25. Februar (RK) Das Vormittags-Referat des heutigen Tages vor den Delegierten bei der Tagung der europäischen Presse in Wien hielt der Chefredakteur der "Weltwoche" Dr. Lorenz Stucki (Zürich). Er führte aus:

"Wie Sie wissen, sind die Schweizer die besten Europäer Europas. In keinem anderen Land wird so intensiv und gebieterisch gefordert, daß die Länder Europas sich vereinigen sollen - die anderen Länder Europas.

Ich bin mir bewußt, daß ich hier eine etwas lächerliche Rolle übernommen habe, wenn ausgerechnet ich als Schweizer zu Ihnen über die Wege zur politischen Einigung Europas sprechen soll, als Vertreter eines Landes, das nicht einmal dem Europarat angehört und keineswegs bereit ist, das zu tun, was es mit Emphase und oft mit schulmeisterlicher Strenge von den andern fordert: nämlich den nationalen Egoismus und Isolationismus zu überwinden und unter Opferung einiger Sonderinteressen und um der größeren gemeinsamen Interessen willen ein einiges, starkes, der Zukunft zugewandtes Europa zu schaffen. Nun, zu meiner Entschuldigung muß ich anführen, daß ich das Thema meines Referates nicht selbst gewählt habe, sondern daß es mir von den Veranstaltern unserer Tagung zudiktirt wurde, so daß mir jetzt nichts anderes übrig bleibt, als zu versuchen, mich irgendwie aus der Affäre zu ziehen.

Immerhin - selbst von einer so reizvollen Stadt wie Wien, der ich dreieinhalb besonders interessante Jahre meines bisherigen Lebens, meinen Beruf und meine Gattin verdanke, - selbst von so einer Stadt läßt man sich nicht ganz ohne Grund vergewaltigen. Den Grund - oder wenn sie so wollen, die Rechtfertigung - dafür, daß ich mir das heikle Thema aufzwingen ließ, sehe ich im Folgenden: auch wir Schweizer sitzen, ob wir es wollen oder nicht, erkennen oder nicht, in demselben europäischen Boot wie unsere Nachbarn, und da ich daran glaube, daß dieses Boot in den Stürmen unserer Zeit nur dann eine wirkliche Chance hat, wenn seine Insassen sich über einen gemeinsamen Kurs einigen und einer freiwilligen Disziplin unterordnen, so ist doch das Anliegen einer Vereinigung Europas auch mein Anliegen.

./.

Ja, daß sogar ein Schweizer europäisch empfindet und die europäische Schicksalsgemeinschaft - gern oder ungern - zur Kenntnis nimmt, obwohl der Nationalismus und die historisch bedingte Skepsis seines Landes sich gegen die Teilnahme am europäischen Markt wehrt - das mag in besonderem Maße beweisen, wie stark und unentrinnbar aktuell das Thema tatsächlich heute ist.

Ich möchte darauf verzichten, auf die Technik der europäischen Integration hier näher einzugehen, denn diese Technik ist gegenwärtig vorwiegend wirtschaftlicher Natur, und darüber haben wir bereits gestern im Vortrag von Herrn Sergent, dem Generalsekretär der OEEC, alles Wesentliche gehört. Mein Thema ist die politische Einigung Europas. Und während die Einigung Europas seit der Gründung der Montan-Union durch den Vertrag über den Gemeinsamen Markt und die hoffentlich bevorstehende Schaffung einer europäischen Freihandelszone erhebliche Fortschritte gemacht hat, ist von einer politischen Einigung kaum die Rede. Unter politischer Einigung verstehe ich - ganz flüchtig skizziert - ungefähr folgendes: Ein Vertrag möglichst vieler OEEC-Länder (womöglich aller) müßte für ein bestimmtes Jahr Wahlen vorsehen, in denen Abgeordnete in eine europäische Verfassungsgebende Versammlung gewählt würden. Diese hätte eine föderative Verfassung auszuarbeiten, wonach einige politische und wirtschaftliche Kompetenzen an supranationale, Behörden und ein Zweikammerparlament zu übertragen wären, Kompetenzen in Bereichen, in denen die nationale Souveränität und Entscheidungsfreiheit ohnehin in zunehmendem Maß fiktiv werden.

Ist eine solche politische Einigung Europas wünschenswert - dies wäre eine erste Frage - und als zweite: ist sie realisierbar?

Die Situation am Ende des zweiten Weltkrieges hat es mit sich gebracht, daß zunächst nicht eine europäische Gemeinschaft entstand, sondern eine atlantische, die Kanada und vor allem die USA mit einschließt. Gegenüber dem alten Traum von

Panuropa war die atlantische Gemeinschaft zunächst ungleich realistischer, und weil sie den Gegebenheiten entsprach, wurde sie auch Wirklichkeit. Nur mit amerikanischer Hilfe konnte sich das zerstörte, demoralisierte und politisch entzweite Europa regenerieren, und nur zusammen mit den USA ist es - bis heute und vermutlich auch in der Zukunft - in der Lage, sich zu verteidigen. Nur dank der atlantischen Allianz kann es dem politischen Druck der ungeheuren sowjetischen Militärmaschine, der Europa allein nicht Ebenbürtiges entgegenzusetzen hat, widerstehen und jenes Gefühl der Sicherheit bewahren, daß die Freiheit gegenüber dem kommunistischen Machtanspruch eine Chance hat. Ohne dieses Gefühl, daß auch die Freiheit mächtiger ist, würden es sicher so viele Leute in Westeuropa für schlaue und realistisch halten, sich beizeiten mit dem unabänderlichen Schicksal des kommunistischen Sieges abzufinden, daß dieser kommunistische Sieg auch tatsächlich aus Gründen der politischen Psychologie unabwendbar werden dürfte. Das heißt, daß Westeuropa tatsächlich ohne die größere Bindung der atlantischen Gemeinschaft mit Amerika gar nicht existieren könnte, daß also diese größere Allianz sowohl militärisch als Atlantikpakt als auch außenpolitisch und sogar wirtschaftlich eine unabänderliche Realität darstellt. Demgegenüber scheint die Vereinigung Westeuropas nichts weiter zu sein als ein geographisch und historisch bedingter frommer Wunsch, die Sentimentalität eines Kontinents, der einst das Herz und der Beherrscher der Welt war und gerne sein Selbstbewußtsein zurückgewinnen möchte, ohne daß jedoch die weltgeschichtliche Situation für diesen schönen Wunschtraum eine realpolitische Basis bereithielte.

Wer rein militärisch-machtpolitisch denkt, wird dieser Überlegung, auch wenn sie ihn schockiert, zustimmen müssen. Wenn man aber die Politik, auch die Machtpolitik, wesentlich als eine Sache der Psychologie versteht, sieht die Situation ganz anders aus.

Es gibt seit dem zweiten Weltkrieg in Europa keine wirkliche Großmacht mehr, kein Land, das über seinen engen eigenen Raum hinaus selbständig Weltpolitik treiben könnte oder auch nur mit den eigenen außenpolitischen Problemen allein und ohne amerikanische Rückendeckung fertig werden könnte. Solange jede dieser Mittel- und Kleinmächte allein vom amerikanischen "Großen Bruder" abhängt, ist ihr Verhältnis dem transatlantischen Partner gegenüber das einer einseitigen Abhängigkeit. Und das ist auch dann demütigend, wenn der machtmäßig haushoch überlegene Partner seine Position der Stärke nicht ausnutzt. Diese demütigende Abhängigkeit: das ist die Realität der letzten 13 Jahre. Selbst die gemeinsame Aktion der beiden relativ größten Staaten Europas, der anglo-französische Angriff gegen Suez im November 1956 war in dem Moment zum Scheitern verurteilt, da die USA ihr die Unterstützung versagten. Sei es in Cypern oder Nordafrika, Indonesien oder der deutschen Wiedervereinigung: die Tatsache, daß man als europäische einstige Weltmacht ohne die USA keine erfolgreiche Politik mehr machen kann, ist eine demütigende, revoltierende Erkenntnis. Es liegt auf der Hand, daß diese Tatsache - ob man sie sich nun eingesteht oder nicht - in ganz erster Linie für den Mangel an europäischem Selbstvertrauen verantwortlich ist.

Dieser Mangel an Selbstvertrauen äußert sich sowohl darin, daß die europäischen Länder in jeder wirtschaftlichen oder politischen Schwierigkeit mit der größten Selbstverständlichkeit die Hilfe Amerikas verlangen, als auch in den trotzigem aber erfolglosen Versuchen, von Zeit zu Zeit sich und der Welt zu beweisen, daß man von den USA und ihrer Zustimmung nicht abhängig sei. So wenn die deutsche Opposition nach einer unabhängigen deutschen Ostpolitik verlangt, als ob die Bundesrepublik stark genug wäre, aus der westlichen Reihe zu tanzen; so wenn England Erzbischof Makarios deportiert, ohne mit dieser Machtdemonstration ohne Machtdeckung ein politisches Resultat erzielen zu können; oder wenn Frankreich ein tunesisches Dorf bombardiert, nur um zu erleben, daß das schwache kleine Tunesien dank der öffentlichen Weltmeinung und den amerikanischen Interessen, Nordafrika im westlichen Lager zu halten, stärker ist als die Grande Nation.

Dieser Zustand ist nicht nur deshalb von Übel, weil die USA und ihre Führer gegenwärtig offensichtlich nicht in der Lage sind, diesem Übermaß an Verantwortung für jedes Land der freien Welt wirklich zu entsprechen. Er ist auch deshalb von Übel, weil die Länder Europas unter der ständigen Wirkung dieser demütigenden Abhängigkeit immer mehr in einen Defaitismus hineinzuschlittern drohen. Die psychologische Folge muß sein, daß eines Tages die Länder Europas nicht mehr bereit sind, ihre Freiheit um ihrer selbst willen zu verteidigen, sondern daß sie einfach nur noch an Amerikas Rockzipfel hängen, solange Amerika die bessere Karte zu sein scheint, während sie sich ohne eigenes Rückgrat mit dem Feind der Freiheit arrangieren, sobald die Sowjetunion den Eindruck zu erwecken vermag, sie sei der Sieger von morgen.

Europa als politische Gemeinschaft jedoch, auch wenn es nur das Europa der Sechs wäre, hätte zweifellos den USA gegenüber ein ungleich größeres Selbstbewußtsein und Gewicht. Es wäre noch immer militärisch von Amerika weitgehend abhängig und politisch und wirtschaftlich auf die Partnerschaft mit den transatlantischen Partnern angewiesen. Aber es wäre in diesem Augenblick eine Partnerschaft auf Gegenseitigkeit und von gleich zu gleich, jene gegenseitige Anhängigkeit, jene "Independence", die allein auf die Dauer eine gesunde Basis für eine Allianz darstellen kann.

Eine politische Vereinigung Europas innerhalb der zwar lebensnotwendigen aber loserer atlantischen Gemeinschaft ist also schon aus diesem Grunde wünschenswert.

Sie ist wünschenswert noch aus einem anderen, ebenso wesentlichen Grund: wegen Osteuropa.

Man hat manchmal den Eindruck, daß die Befreiung Osteuropas, die Wiedervereinigung nicht nur Deutschlands, sondern Europas, den Amerikanern mehr am Herzen liegt als den Westeuropäern. Auch dies ist übrigens ein Symptom der inneren Schwäche Westeuropas, das sich in seiner Zersplitterung zwischen drei Supermächten eine politische Ausstrahlung und eine geistige Wirkung, die realpolitische Bedeutung hätte, gar nicht mehr zutraut und dazu neigt, die Spaltung Europas, bzw. den Verlust Osteuropas resigniert hinzunehmen.

Für die Osteuropäer sieht die Sache gänzlich anders aus. Für sie ist zwar Amerika der Garant dafür, daß der Kreml nicht die Herrschaft über die ganze Welt werde errichten können, der Hoffnungsstrahl, daß das Schicksal der Sowjetisierung nicht endgültig und unabänderlich sei. Ein Bruder jedoch, ein Freund, nach dessen Arme man sich sehnt, in dessen Obhut man sich geborgen fühlen könnte - das ist Amerika für den Osteuropäer nicht. All die zahllosen Bindungen, die sich zwischen Westeuropa und Amerika in den 13 Jahren seit dem Krieg entwickelt haben, all die wenn auch noch so oberflächlichen Kenntnisse über das heutige Amerika, die sich die Völker Westeuropas durch den intensiven Touristen- und Geschäftsverkehr und die ausführliche Presseinformation erworben hat - für den Osteuropäer existieren sie nicht. Wenn man auch der kommunistischen Propaganda nicht glaubt, so bleibt doch Amerika eine fremde Welt, die man sich unter unbewußter Wirkung der Propaganda als eine Art Sowjetunion mit umgekehrten Vorzeichen vorstellt, und die Abhängigkeit von Amerika wäre für den Osteuropäer zwar bestimmt besser als die Abhängigkeit von den Sowjets, doch keine lockende Zukunftsvision.

Der Anschluß an ein vereinigtes Europa jedoch, das wäre für den Osteuropäer eine durchaus begeisternde Vision der Zukunft. Man darf nicht vergessen, daß die osteuropäischen Völker, in scharfer innerer Opposition gegen die Entwicklung Osteuropas und gänzlich abgeschnitten von der Entwicklung Westeuropas in den letzten 10 Jahren, Vorstellungen eines Gesamteuropas in sich konservieren, die für uns kaum mehr existieren. Für sie ist - das zeigen u.a. die übereinstimmenden Aussagen von Ostflüchtlingen - jeder Schritt zur Einigung Westeuropas deshalb eine begeisternde Angelegenheit, weil sie darin einfach einen Schritt zur Stärkung des einzigen Lagers erblicken, an das sie sich in einer vagen Zukunft einmal anschließen könnten, einen Schritt zur Einigung und Wiedervereinigung Europas als eines Ganzen.

Diese Hoffnung, diese Anziehungskraft wach zu halten und zu stärken, hat der Westen ein ungeheures Interesse. Gewiß, niemand könnte wünschen, daß sich die Tragödie Ungarns wiederhole, weil ein Volk Osteuropas sich der falschen Hoffnung hingebt, in einem revolutionären Kampf gegen die fremde Besetzung und das eigene totalitäre Regime militärische Hilfe des Westens zu erhalten. Auf

der anderen Seite aber kann niemand wünschen, weder im Interesse des Westens noch im Interesse der Osteuropäer selbst, daß der innere, geistige Widerstand gegen die Sowjetisierung in völliger Hoffnungslosigkeit und Apathie zusammenbreche und daß die Jugend einer Bevölkerung von 100 Millionen Menschen sich dem Zynismus und Nihilismus der totalitären Macht ausliefere, weil sie an die Kraft und Zukunft der Freiheit endgültig nicht mehr glaubt.

So ist also die politische Einigung Europas auch im Rahmen der geistig-psychischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus eine Notwendigkeit, weil sie, sowohl für die Westeuropäer wie für die Osteuropäer der Kristallisationspunkt der Hoffnung, des Glaubens an die Zukunft und des Selbstvertrauens darstellen kann, aus dem politisch aktive Kraft erwächst. Die Alternative wäre ein Europa, das nur noch seiner Vergangenheit nachtrauert und im vernichtendem Bewußtsein, Satellit teils eines guten, teils eines bösen Imperiums zu sein, zu völliger politischer und kultureller Bedeutungslosigkeit herabsinken müßte.

Daß eine Sache sich realisieren sollte, pflegt aber leider kein ausreichender Grund dafür zu sein, daß sie sich wirklich realisiert. Wünschbar wäre eine politische Einigung Europas, so sahen wir - oder besser: so behaupte ich. Ist sie auch realisierbar? Wie ist sie realisierbar?

Ich möchte die Antwort auf die erste Frage vorausschicken als These, und die Begründung wie sich die politische Einheit Europas verwirklichen ließe, wird diese These erhärten, auch wenn es nur eine persönliche Ansicht ist, mit der keinesfalls jedermann einig sein wird.

Die These heißt: Die politische Einheit Europas ist deshalb realisierbar, weil sie in Wahrheit bereits existiert und es sich also nicht darum handelt, etwas neu zu schaffen - was wohl ein auf kurze Sicht hoffnungsloses Unterfangen wäre - sondern einem bereits weitgehend erreichten Zustand die adäquate äußere Form zu geben.

Eine auffallende Erscheinung in jedem Land Europas, einschließlich der Schweiz, ist die politische Uninteressiertheit und Gleichgültigkeit der jungen Generation.

Es gibt vermutlich keine Partei, die nicht darüber klagte und sich Sorgen machte. Wenn man mit diesen Leuten der jungen Generation darüber diskutiert, so stellt sich bald heraus, warum dem so ist: das politische Leben ist - das ist nun einmal in der Demokratie nicht anders - in den politischen Parteien verkörpert. Diese Parteien aber sagen den Jungen nichts, das heißt, die Jungen finden ihre Anliegen, ihre Vorstellungen und Ziele in den bestehenden Parteien nicht verkörpert.

Wir haben in jedem Land Europas eine sozialistische Partei, die den sozialen Fortschritt postuliert und dafür kämpft, daß trotz des bereits Erreichten der soziale Ausgleich und die soziale Gerechtigkeit weitere Fortschritte machen müßten. Wir haben daneben konservative und liberale Parteien, die gegenüber der Tendenz zur Bürokratisierung, der Reglementierung des Lebens durch den Staat für einen möglichst großen Spielraum für die individuelle Initiative und private Freiheit auch im Wirtschaftlichen kämpfen. Ich persönlich gehöre keiner Partei an und kann deshalb mit gutem Gewissen behaupten, daß beide Recht haben, und daß doch diese Basis für beide - die Linke und die Rechte - heute zu schmal ist, daß damit allein beide die Massen und vor allem die Jugend nicht mehr interessieren und zu aktiver politischer Anteilnahme gewinnen können.

Es ist kein Zweifel, daß die soziale Gerechtigkeit in den meisten Ländern Europas noch Etliches zu wünschen übrig läßt, daß zum Beispiel auf dem Gebiet des Stipendienwesens, das heißt des gleichen Rechtes auf Ausbildung und gleichen Berufsstart, noch wichtige Verbesserungen möglich und nötig sind. Es ist andererseits kaum bestreitbar, daß der Tendenz entgegengetreten werden muß, alles Heil von den Behörden zu erwarten und Rechte und Pflichten auch dort an den Staat abzutreten, wo die persönliche Kraft ohne weiteres genügen und viel größere Wirkung erzielen könnte. Denn der Wohlfahrtsstaat als solcher macht noch lange nicht die Menschen glücklich - oft genug erzieht er sie zu Trägheit und Verantwortungslosigkeit.

./.

Es ist aber heute, im Jahre 1958, so, daß die Sozialisten in ihrer großen Mehrheit durchaus nicht mehr an das Allheilmittel Verstaatlichung glauben, während andererseits die Liberalen und die Konservativen - von Extremisten abgesehen - den sozialen Fortschritt längst nicht mehr im Prinzip bekämpfen. Der Arbeiter ist heute in den meisten Ländern sogar Europas - von Amerika ganz zu schweigen - ein Bürger mit Besitz, mit manchmal mehr Freizeit, als er sinnvoll ausfüllen kann, und mit beträchtlicher wirtschaftlicher Macht durch die organisierte Kraft der Gewerkschaften. Der sogenannte Bürger andererseits ist heute entweder ein Angestellter mit kaum wesentlich anderen Sorgen als der Arbeiter, oder aber ein Geschäftsmann oder Unternehmer, der von staatlicher, verbandspolitischer oder gewerkschaftlicher Seite so stark eingeengt ist, daß er überhaupt nur in rücksichtsvoller Zusammenarbeit mit seinen Angestellten und Arbeitern noch einen Profit heraus schlagen kann.

Wenn man vor politischen Wahlen die Programme der Parteien liest, so kann man sich als uneingeweihter Durchschnittsbürger nur an den Kopf greifen: was wollen denn die? Sagen und versprechen ja alle ungefähr dasselbe - worüber streiten sie sich? Die Differenzen sind, wenn man von der obligaten rhetorischen Polemik absieht, auf Nuancen und verschiedene Verteilung der Akzente beschränkt. Und wenn man den Dingen etwas auf den Grund geht, wird man feststellen, daß tatsächlich die innenpolitischen Probleme der diversen Parteien in komplizierten, wirtschaftstechnischen Kompromissen bestehen, die von Fachleuten in Fachkommissionen ausgehandelt werden und mit dem bloßen Kriterium des gesunden Menschenverstandes eines Durchschnittsbürgers kaum mit Sicherheit beurteilt werden können. Ist es da erstaunlich, wenn die Parolen der Parteien die Jungen, denen diese ohnehin unverständlichen Nuancen reichlich egal sind, nicht zu begeistern vermögen?

Diese Jungen, das vergißt man meistens, fühlen sich im allgemeinen keiner Klasse mehr zugehörig. Kommen sie aus dem Arbeitermilieu, so ist ihr Ehrgeiz nichtsdestoweniger kleinbürgerlich: das Motorrad zuerst und später der Kleinwagen, die Ferien im Ausland, die erhöhte Freizeit, der Fernsehapparat, die gute Konfektionskleidung und vielleicht das gute Buch und die Langspielplatten.

Kommen sie aus sogenannt bürgerlichem Milieu, so ist ihr Traum durchaus nicht das große, kühne Unternehmen und Abenteuer, das Risiko der Privatinitiative, sondern der sichere, einträgliche Job und ein unkompliziert einfaches Dasein ohne große Allüren.

Der Klassenkampf hat also keine realen Boden mehr in der Psychologie der diversen Bevölkerungsschichten, er hat es höchstens noch in der rückwärtsgerichteten Phantasie von Parteifunktionären, aber bestimmt nicht mehr bei der nachrückenden jungen Generation. Wie sollen sich also die Leute begeistern für einen Sozialismus, in dessen Wein so viel Wasser gegossen wurde, daß es kaum mehr nach Wein schmeckt? Wie sollen sie sich aktiv einsetzen für einen Liberalismus, der sich so sozial fortschrittlich gibt, daß ihn die Herren des klassischen Manchester-Liberalismus sicherlich für gemäßigten Kommunismus halten würden?

Wie soll ich als Nicht-Sozialist Sozialisten wie Karl Czernetz oder Alfred Mozer als Gegner empfinden, wenn ich im Gespräch feststelle, daß wir fast in allem Wichtigem genau übereinstimmen?

Nein, diese Nuancen-Unterschiede, die man nicht einmal richtig versteht, überläßt man den Fachleuten, die allein beurteilen können, was ein papierenes Gesetz bedeuten wird, wenn es sich auf die Praxis des realen Lebens auswirkt.

Aus der innerpolitischen Gleichgültigkeit wird oft geschlossen, daß die Menschen, vor allem die jungen Menschen von heute sich für nichts mehr zu interessieren oder zu begeistern vermögen, was über den Rahmen ihres persönlichen Wohlseins und ihrer materiellen Interessen hinausgeht. Ich halte diese Diagnose für grundfalsch. Die Jungen sind interessiert, nur sind die Objekte ihres Interesses für den Politiker alten Schlages gänzlich irrelevant und deshalb unverständlich. Die Jungen sind zunächst an der Technik interessiert. Ferner am Film, an Jazz und moderner Musik, Architektur und Städtebau, am Sport und last but not least an den moralischen Kriterien des Weltgeschehens - wie das die Reaktion der Jugend gegenüber der ungarischen Revolution gezeigt hat.

Wenn wir versuchen, all dies unter einen gemeinsamen Nenner zu bringen, dann finden wir etwas höchst Banales: die Jugend ist an allem interessiert, was mit Fortschritt, mit der Welt von morgen zu tun hat, statt mit der Welt von gestern und den Objekten leidenschaftlicher Kämpfe der Vergangenheit. Ist das erstaunlich?

Ich denke, es ist das Natürlichste und Einfachste von der Welt. Es war immer so. Früher bedeutete die "Welt von morgen" - der Fortschritt, für den die Jugend sich begeisterte, die soziale Gleichberechtigung, die Menschenrechte des Abhängigen gegenüber seinem Herren. Das ist heute kein fundamentales Thema mehr, sondern nur mehr eine Frage des Maßes und des rationellsten Vertrages mit genug Rechten und nicht zu viel Verantwortung.

Der Fortschritt von heute ist etwas anderes. Ich habe es schon erwähnt: im individuellen Bereich der Volkswagen, die Auslandsferien und dergleichen, im überpersönlichen Bereich die Leistungen der Menschheit auf sportlichem, technischem, wissenschaftlichem, moralischem Gebiet.

Die Einigung Eurpas gehört wesentlich dazu. Technik, Verkehrs-entwicklung, Auslandsferien, Radio, Television, Taschenbücher, Kino, Sport: sie haben die Völker näher aneinandergerückt. Dazu kommt dies: Das Erwachen der farbigen Völker Asiens und Afrikas hat den Globus ins Bewußtsein der Menschen gerückt, deren Horizont sich früher in der Europas-Karte erschöpfte. Auf dem Globus ist Europa eine bedenklich kleine Angelegenheit, und es macht einigermaßen Mühe, all die kleinen Länder darauf zu unterscheiden. Auch sind die Probleme der europäischen Völker in der Gegenwart mehr oder weniger dieselben, die Unterschiede haben gegenüber den gemeinsamen Problemen, gegenüber den Atomwaffen, den Sputniks, der Weltraumfahrt, der internationalen Beliebtheit von Gina Lollobrigida und - man verzeihe die burschikose Gegenüberstellung - der ungarischen Revolution ihre Bedeutung fast eingebüßt.

Angesichts dieser Realitäten und Quasi-Nachbarschaft von Amerika, der Sowjetunion und Asien-Afrika wirkt die noch gar nicht so weit zurückliegende innereuropäische Rivalität zwischen Frankreich und Deutschland, Belgien und Holland, Italien und Griechenland ausgesprochen altmodisch. Ich glaube, daß den jungen Europäern die Tatsache, daß wir Europäer im selben Boot sitzen, höchst selbstverständlich, ja geradezu als Dingenwahrheit vorkommt.

./.

Dieses gegenüber früher völlig veränderte Lebensgefühl der jungen Generation, d.h. derer, die unter 30 oder 35 Jahre alt sind, ist ein entscheidender Grund, warum ich glaube, daß die Einheit Europas bereits eine Realität darstellt, auch wenn die mit älteren Leuten besetzten Parlamente und Regierungen dieser Realität nachhinken.

Wie steht es aber mit den Parteien? Wenn wir einmal so täten, als gäbe es noch keine politischen Parteien und man müßte sie heute entsprechend den psychologisch verschiedenen Gruppen der europäischen Bevölkerung neu erschaffen: so kämen wir wiederum zu der höchst banalen Feststellung, daß es in der Bevölkerung Fortschrittliche und Konservative gibt, und daß eine Konzipierung der Parteien um diese nicht mehr soziologischen, sondern psychologischen Menschentypen auf der Hand läge.

Das Fortschrittliche haben wir bereits skizziert: die Zukunft, die sich die Zukunftsgläubigen, also vor allem die Jungen, vorstellen, schließt in sich die politische Einigung Europas als einer Föderation im relativ großen Raum, den heutigen und morgigen Verkehrsverhältnissen, den wirtschaftlichen Aufgaben, der Eurovision am Fernschapparat und der Konfrontierung mit Amerika, Rußland und Afroasien entsprechend.

Was ist das Konservative? Es ist im Negativen: die Angst vor all diesem Neuen. Es ist das Interesse des kleinen und rückständigen Betriebes, der zu Recht oder Unrecht seinen Untergang fürchtet, wenn einmal der schützende Gartenhag der nationalen Protektion und der Schutzzölle niedergelegt wird und der rauhe Wind gesamteuropäischer Konkurrenz das wirtschaftlich Unrationelle hinwegfegt. Es ist die sentimentale Erinnerung an die Zeiten, da der eigene europäische Nationalstaat noch ein Machtfaktor und in der Welt und fürs eigene Gemüt noch etwas Imposantes und Großartiges war. Es ist - im Positiven: die Hemmung, alle lokalen und gefühlsmäßigen Wurzeln des Daseins preiszugeben, sich allem Modernen kritiklos und blind zu verschreiben, bevor sich die Spreu vom Weizen gesondert und das Ende einer Mode erwiesen hat, was gültig und bleibend, was flüchtige Zeiterscheinung sei. Das Konservative also ist, wie schon der Name sagt, die Tendenz des Bewahrens, die Verteidigung des Gewachsenen und Bewährten gegen die allzuschnelle Veränderung und Modernisierung, die Skepsis der Älteren und Erfahrenen gegenüber dem bedenkenlosen In-die-Zukunft-stürmen der Jugend.

Ich weiß: diese Schilderung ist höchst banal - es ist das, was man seit eh und je unter konservativ und fortschrittlich verstanden hat. Aber wo findet dieser natürliche Gegensatz seinen Ausdruck im politischen Leben des heutigen Europa? Nirgends! Es gibt weder die Partei der Fortschrittlichen noch diejenige der Konservativen. Da nach dem alten Schema des Klassenkampfes die Masse angeblich undifferenziert uniform ist, versucht jede Partei an alle zu appellieren, ist jede Partei ein wenig sozial und ein wenig liberal, ein wenig fortschrittlich und ein wenig konservativ, ein wenig für Europa, ohne doch die politische Vereinigung Europas zu ihrem Programm zu machen.

Welche Partei Europas wagt es, ein Ziel auf ihr Programm zu setzen, das bei einem Teil der Bevölkerung Anstoß erregen, den Konservativen zu kühn oder den Fortschrittlichen zu konservativ erscheinen könnte? Und zu den Problemen von heute und morgen klar Stellung zu beziehen und nicht nur zu den Problemen von gestern? Welche Partei, bzw. europäische Parteiengruppe wie etwa die Gruppe der Sozialistischen Parteien oder der liberalen oder christlich-demokratischen Parteien erklärt dem Wähler: wenn du mir zur Regierungsmacht verhilfst, werde ich einen Vertrag zwischen den sechs Ländern der Montan-Union und des Gemeinsamen Marktes anstreben, wonach im Jahre 1960 oder 1964 - oder wann immer - gesamteuropäische Wahlen zu einer verfassungsgebenden europäischen Versammlung stattfinden sollen?

Es ist kein Zweifel: der Kampf für und gegen solche Wahlen und die Verbreiterung der heutigen nationalen Parteien zu übernationalen europäischen Parteien, die sich nach ihrer Einstellung gegenüber Fortschritt und Tradition orientieren würden - das gäbe dem politischen Leben Europas einen ganz gewaltigen neuen Auftrieb und würde plötzlich politische Leidenschaften und echte politische Diskussion zum Leben erwecken, wie man sich das heute kaum mehr vorstellen kann.

Warum? Weil hier die wirklichen Themen der heutigen politischen Auseinandersetzung liegen, in Themen, die heute unter Ausschluß der Wähler-Öffentlichkeit in Parteivorständen behandelt und im Sinne des Neutralbleibens entschieden werden, um ja heißen Eisen aus dem Weg zu gehen und sich nicht in einer Weise zu exponieren, die einen Teil der "bekanntlich" uniformen Masse ab-

schrecken und in die Arme der Konkurrenz treiben könnte. Es sind aber und waren immer nur die heißen Eisen und die mutigen Stellungnahmen zu wirklich aktuellen Problemen, die ein allgemeines Interesse zu erwecken vermochten. Nur sie können bei den normalen, nur mit gesundem Menschenverstand und Gefühl ausgerüsteten Durchschnittsbürgern echte Anteilnahme, Diskussion und Begeisterung hervorrufen. Wo aber kommen wir mit unserer Demokratie hin, wenn diese echte Diskussion und die Anteilnahme am politischen Leben zum Stillstand kommen?

Es sind hier viele Sozialdemokraten aus verschiedenen Ländern, und zwar, soweit ich es persönlich feststellen konnte, nicht ideologisch verbohrt, sondern modern eingestellte. Ich glaube, sie alle wissen, was ich unter "Krise des Sozialismus" verstehe: es ist bedingt durch das sozialer-Werden des Kapitalismus, durch die kompromittierende Wirkung des Kommunismus, die Verbürgerlichung des Arbeiters, die Abneigung gegen Bürokratie usw. - wesentlich aber durch Entwicklungen, die das historische Verdienst des Sozialismus sind.

Ich stelle die Frage: Kann nicht der Sozialismus wieder zu einer Partei des Fortschritts, des Bekenntnisses zum Modernen, zur Zukunft werden, und zwar - als eine ursprünglich übernationale Bewegung - nicht nur auf kommunalem Gebiet, wo er zum Teil durch sozialistische Bürgermeister und Stadtverwaltungen Hervorragendes leistet, sondern auf europäischer Basis? Könnte er nicht hier unter Opferung von überholten Traditionen neue Funktionen und Aufgaben, neue Anziehungskraft bei den Menschen finden? Eine zusätzliche Überlegung führt mich in dieselbe Richtung: die geistige Entwicklung in Osteuropa und Rußland. Die dortige geistige Elite sucht nach neuen Wegen und Formen, nach etwas "Jenseits des Marxismus". Dies kann nicht der traditionelle westliche Sozialismus alter Prägung sein, denn Dinge wie Klassenkampf sind dort noch irrelevanter als hier. Gerade der Sozialismus also könnte jetzt schon über den Eisernen Vorhang hinweg gemeinsame gesamteuropäische Ideen, Formen, Vorstellungen für die Zukunft entwickeln, und auch und gerade für die Osteuropäer kann die Zukunft kein Zurück zur nationalstaatlichen Vergangenheit bedeuten, sondern nur die europäische Föderation.

Diese - auch politische - Föderation Europas gehört ent-

scheidend zur Vision einer besseren Zukunft unseres Kontinents, bzw. der Überwindung seiner trüben Vergangenheit. Sie ist auf politischem Gebiet die fortschrittliche, moderne Idee. Verwirklicht werden kann sie - das ist das Wesen der Demokratie - nur durch Parteien. Möge eine europäische Partei sie aufgreifen und zu ihrer neuen, progressiv kämpferisch vorangetragenen Fahne machen, um Europa sein Selbstvertrauen und ein neues Verhältnis zum Osten und zu Amerika, „zu Afrika und zu Asien zu geben.“

- - -

"Die einigende Aufgabe der europäischen Presse"

Chefredakteur Dr. Pollak vor den Delegierten der europäischen Pressetagung

25. Februar (RK) Heute nachmittag hielt der Chefredakteur der "Arbeiter Zeitung", Dr. Oscar Pollak, vor den Delegierten der Tagung der europäischen Presse einen Vortrag über "Die einigende Aufgabe der europäischen Presse". Der Referent führte aus, das Problem "Europa und die Presse" verlockt dazu, zunächst die Grundfragen zu stellen: Was kann die Zeitung? Was soll die Zeitung? Die freie Presse, die Pressefreiheit ist in Europa eine Errungenschaft der bürgerlichen Revolution, deren anderes Ziel und Ergebnis die nationale Einigung, der Nationalstaat ist. So wird die Zeitung zum Ausdruck des Nationalbewußtseins: sie ist das wirksamste Instrument des Massendenkens in der eigenen Sprache. Sie ist ein Instrument im nationalen Kampf.

Zugleich ist die Zeitung, schon vor der Zeit der Pressefreiheit, das erste Mittel, durch das ein Land, ein Volk vom anderen erfährt. Die Presse ist ihrem Wesen nach Vermittler internationaler Informationen. Kurz: die Presse ist das erste große Verständigungsmittel, das seinem Wesen nach zugleich national und international ist.

In dieser Funktion ist ihr heute die Politik nachgekommen: auch sie hat heute nationale und internationale Aufgaben zu lösen - wie die Aufgabe der Einigung Europas. Überhaupt ist die über-nationale Gemeinschaft, die Überwindung des Nationalstaates durch seine Eingliederung in eine internationale Organisation, die

Frieden und Recht zwischen den Staaten verbürgt, die eigentliche geschichtliche Aufgabe unserer Generation: der wirkliche Fortschritt vom 19. zum 20. Jahrhundert. Die Mitwirkung der Presse an dieser großen Aufgabe steht hier zur Debatte.

Hier schon müssen wir einschränkend darauf verweisen, daß, so wie Europa ein Teilproblem der internationalen Einigung ist, auch die Presse heute nur noch ein Teilproblem ist: sie ist nicht mehr das einzige, nicht mehr das schnellste und nicht mehr das am meisten verbreitete Mittel der Masseninformatio. Dieses Problem: das Verhältnis der Presse zu Rundfunk, Fernsehen und Filmberichterstattung wird uns bei unserer ganzen Betrachtung begleiten. Auch das ist ein internationales Problem. Wagen wir, trotz unserem Zurückbleiben im technischen Wettstreit, den Primat der Presse zu behaupten, so müssen wir ihn gerade im Dienste eines Gedankens, in der Erfüllung solcher geistig-politischer Aufgaben beweisen!

Die europäische Gemeinschaft ist, wie wir hier vielfach hören werden, in erster Linie eine Gemeinsamkeit in Kulturgrundlagen, der Kulturgeschichte, Trifft das auch auf die Presse zu? In der Tat, die Presse hat in Europa weitgehend die gleiche Geschichte, sie hat die gleiche Entwicklung genommen, aber nicht gleichzeitig. Die Entwicklung der Presse in allen europäischen Ländern ist bekannt. Sie vollzieht sich im Übergang, in drei Formen oder Stufen: Meinungspresse - Informationspresse - Magazins- oder Unterhaltungspresse. Aber diese Entwicklung vollzieht sich in den verschiedenen Ländern zu verschiedener Zeit: zuerst in England, bald darauf in Frankreich, zuletzt im deutschen Sprachgebiet. Und jedes Sprachgebiet hat Nachzügler. Immerhin ist diese Gleichmäßigkeit der Entwicklung, der natürlich die gleiche Entwicklung der Nachrichtentechnik, der Drucktechnik usw. zugrundeliegt, eine Gemeinsamkeit, deren sich die gesamte europäische Presse bei der Erfüllung ihrer internationalen Aufgaben bewußt sein muß und bewußt wird. Es gibt erst seit kurzer Zeit ein Bewußtsein der internationalen Gemeinsamkeit und eine internationale Organisation der Presse: das internationale Presseinstitut - mit vielen Einschränkungen und großen Schwierigkeiten - aber dennoch von großer Bedeutung! Im Rahmen des IPI gibt es eine Europäische

Pressegruppe - in den Anfängen. Immerhin sind auch da bereits einige Erfahrungen gesammelt worden.

In welcher Weise, mit welchen Mitteln kann nun die Presse gemeinsam an die praktische Erfüllung einer internationalen Aufgaben gehen? Zunächst: Propagierung der gleichen Idee mit den eigenen Ausdrucksmitteln des Landes und der Zeitung: jeder schreibt auf seine Weise positiv über die Einigung Europas. Dann: Einheitlichkeit in gewissen Formen: das gleiche Datum, der gleiche Gegenstand, eventuell der gleiche Artikel. Nachteile: der gleiche Artikel in Übersetzung spricht mit seiner fremden Diktion den Leser oft weniger an. Beim gleichen Datum oder Gegenstand ergeben sich technische Schwierigkeiten und solche der Aktualität. Außerdem bleibt dem Leser jedes Blattes diese Einheitlichkeit unbekannt: man muß sie ihm erst zu Bewußtsein bringen. Weitere Möglichkeiten: Austausch von Artikeln (dabei die Schwierigkeit von Sprachverschiedenheiten). Intensivierung des Austausches von Informationen und Nachrichten. Dies scheint am wichtigsten und am ehesten durchführbar. Dazu gehört eine Verbesserung der Informationsübermittlung. Das vereinigte Europa hat noch kein richtiges Informationszentrum. Mängel bei den Bestehenden. Sichtung der Möglichkeiten eines zu schaffen. Dabei Mitwirkung der Nachrichtenagenturen. Austausch von Redakteuren. Beseitigung von Sprachschwierigkeiten und Austausch von Erfahrungen. Regelmäßige Zusammenkünfte von Redakteuren wären sehr wichtig.

Abschließend hob der Referent die Wichtigkeit der Einigkeit hervor. Im Sinne der gemeinsamen europäischen Aufgabe ist hier nicht die Einheitlichkeit im Inhaltlichen oder in der Behandlung der Informationen gemeint, sondern im Gedanklichen. In Schlagworten: Nationale Gegnerschaft und nationaler Extremismus sind keine Sensation; sensationell jedoch sind internationales Entgegenkommen und Verzicht auf nationalen Egoismus. Kriegsgerüchte, Atomangst, Rassenhaß, nationale Verhetzung oder auch Gegnerschaft der Kontinente gehören zur negativen Massenbeeinflussung. Ihre Ablehnung, ihr Gegenteil ergibt positiv wirksame Schlagzeilen. Daher ist Optimismus notwendig und positiver Dienst an der geschichtlichen Notwendigkeit der Einigung Europas. Neutralismus wäre auch hier von Übel. Können wir uns darüber einig werden, dann können wir wirklich mithelfen, Europa zu einigen.